

Eine Mehrheit im Herrenhause für die deutsche Verkehrssprache.

Hundertachtzehn Stimmen für den Antrag Klein.

Wien, 11. Juni.

Die deutsche Verkehrssprache hat eine Mehrheit im Herrenhause. Die Verfassung hat bereits ein Alter von vielen Jahrzehnten, niemals haben jedoch Abstimmungen über die Sprachenfrage ein solches Ergebnis gehabt und niemals ist dieses Bedürfnis des Staates von einer parlamentarischen Mehrheit anerkannt worden. Es war eine besonders eindringliche Kundgebung, als sich für die Erhaltung der deutschen Verkehrssprache die Generale und Würdenträger erhoben, die während ihrer Dienstzeit an den täglichen Arbeiten des Kaisers Franz Josef unmittelbar teilgenommen haben. Volkstas und Schiefl, die Namen sind Begeweiser durch eine Vergangenheit, reich an seltenen Erfahrungen und tiefen Einsichten. Die Präsidenten der drei obersten Gerichtshöfe von Oesterreich, der in beiden Häusern des Parlamentis verehrte Präsident des Reichsgerichts Doktor v. Grabmayr, der Präsident des Obersten Gerichtshofes Freiherr v. Ruber, der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes Freiherr v. Schwarzenau stimmten für die Erhaltung der deutschen Verkehrssprache. Der schlachtenbewährte Feldherr Dankl war für den Antrag, den Dr. v. Grabmayr als Wortführer der Linken des Herrenhauses stellte und der, über den Vorschlag der Mittelpartei hinausgehend, den Beschluß des Abgeordnetenhauses über die Geschäftsordnung so ändern sollte, daß die Vielsprachigkeit der Protokolle nicht hätte durchgeführt werden können. Für die deutsche Verkehrssprache waren viele gewesene Minister, der Staat selbst schien durch hervorragende Staatsdiener zu sprechen, die ihn nicht führende Persönlichkeiten in der Verwaltung gewesen sind wie der frühere Statthalter von Niederösterreich Graf Kielmansegg. Es war eine Heerschau über die Vertreter praktischer Lebensanschauung in der Verwaltung, über Generale, die mit den Bedürfnissen der Armee genau vertraut sind, über Männer, die vielfach große Verantwortungen zu tragen hatten. Spurlos wird ein solcher Tag nicht bleiben.

Viel hat nicht gefehlt, daß die Ueberzeugung des Hauses noch schärfer zum Ausdruck gekommen wäre als in der vom früheren Justizminister Franz Klein im Namen der Mittelpartei beantragten Entschliezung, daß bei einer endgültigen Lösung der sprachlichen Verhältnisse auch die Geschäftssprache beider Häuser unter Aufrechterhaltung der deutschen Verkehrssprache geregelt werden müsse. Der Präsident des Reichsgerichts Dr. v. Grabmayr verlangte, daß im Gesetze über die Geschäftsordnung ausgesprochen werde, es müsse bis zur gesetzlichen Regelung bei der jetzigen Uebung bleiben. Er hat durch seine prächtige Rede stark auf einen großen Teil des Hauses gewirkt. Wenn von den neun Stimmen, die zur Mehrheit gefehlt hatten, auch nur fünf hinübergeschwenkt wären, hätte der Gesetzesentwurf noch einmal durch das Abgeordnetenhaus gebracht werden müssen. Dr. v. Grabmayr hat die Kunst eines Redners, der das Besondere ins Allgemeine zu erheben weiß und von dem Stimmungen ausgehen, was in Parlamenten beinahe noch wichtiger ist als scharfsinnige Beweise. Er beginnt zu sprechen, und sofort bringt er das Haus zum Bewußtsein, wie eigentümlich es ist, daß in den Tagen, da unsere Truppen an den Grenzen des südlichen Tirol und am Sonzo so schwere Kämpfe zu bestehen haben, die erste politische Debatte nicht durch die Weltereignisse, sondern durch den Sprachenstreit angeregt

wird. Das Haus fühlt, daß hier auch das Herz eines Tirolers mitspricht, eines Mannes, dem nationale Befangenheit gegen anderssprachige Mitbürger stets fremd war und der den Staat und ein Parlament will. Zwei Bemerkungen, die Dr. v. Grabmayr heute in seiner Rede gemacht hat, dürften nicht vergessen werden und sind in der Debatte durchgehungen. Er jagte, daß auch im Herrenhause viele Nationalitäten vertreten seien und die Möglichkeit anderssprachiger Reden nicht ausgeschlossen sei. Auch dort könnte eines Tages ein Präsident sitzen, der die Pflicht hat, für die Ordnung zu sorgen, und die Reden nicht versteht. Er sprach ferner die Besorgnis aus, daß die Vielsprachigkeit, die im Abgeordnetenhaus bisher eine Ausnahme war, häufiger werden und das Parlament herunterbringen könnte. Von den Stimmen für seinen Antrag sind manche, die er durch seine Ausführungen gewonnen hat.

Am Schlusse der Sitzung mußten die tschechischen Mitglieder des Herrenhauses die Empfindung haben, daß sie recht vereinsamt seien. Franz Klein hatte heute einen Tag, der schon deshalb in seinem Leben zählen dürfte, weil er zum erstenmale eine Partei in einer so wichtigen politischen Frage vertreten und ihren Antrag durchsetzen mußte. Er begründete ihn in einer Rede, deren Achse das Wort gewesen ist, daß Krone und Parlament in Oesterreich die Träger der Volkspolitik sein müssen und daß auch eine Demokratie ohne festgefügte Organisation nicht bestehen könne. Er will die Verkehrssprache als Befriedigung eines staatlichen Bedürfnisses, losgelöst von jeder nationalen Nebenwirkung und deutsch nur deshalb, weil es sich aus der Geschichte, aus der Verbreitung so herausgebildet hat und nicht willkürlich sich umstoßen läßt. Die älteren Mitglieder des Herrenhauses, die früher im Abgeordnetenhaus gesessen sind, mochten sich nach der Rede des früheren Justizministers Franz Klein erinnern, wie es dem Grafen Wurmbrand gegangen ist, als er einige Monate nach der Ernennung des Grafen Taaffe zum Ministerpräsidenten den Antrag über die deutsche Staatsprache stellte. Graf Hohenwart erklärte, daß er nur aus Höflichkeit für die Zuweisung an einen Ausschuss sei. Dort wurde Graf Wurmbrand rücksichtslos niedergestimmt. Vor der heutigen Sitzung des Herrenhauses hat sich nie eine Mehrheit für die Erhaltung der deutschen Verkehrssprache zusammengefunden.

Die tschechischen Ansprüche hat der gewesene Handelsminister Dr. Förscht mit einer gewissen Mäßigung und mit durchschlagender Staatlichkeit vertreten. Aber so allein wie heute ist die tschechische parlamentarische Gruppe nicht oft gewesen. Auch die Polen sind von ihnen ein wenig abgerückt. Der frühere gemeinsame Finanzminister Dr. v. Bilinski stellte den Antrag, die Regierung solle eine Lösung des Streites über die Verhandlungssprache im Parlamente durch Verständigung mit sämtlichen nationalen Parteien anbahnen. Er ist ein kluger, viel erfahrener Parlamentarier und hat eine Ausdrucksweise, die gewinnt, weil sie scharfes Denken in eine bequeme Einfachheit kleidet, der leicht zu folgen und die rascher aufzufassen ist. Er hat die heftigsten Obstruktionsstürme auf der Ministerbank mitgemacht, war dreimal Minister, zweimal Obmann des Polenklubs, in früheren Jahren einer der beschäftigtesten Berichterstatter, und so konnte er wirklich sagen: Ich kenne das Abgeordnetenhaus wie meine Tasche. Die heutige Sitzung des Herrenhauses ist keinesfalls gleichgültig. Sie kann richtunggebend werden. Meinungsverschiedenheiten mit dem Abgeordnetenhaus wurden vermieden und die Geschäftsordnung ist fertig. Aber die Nachgiebigkeit ist trotzdem keine Niederlage der Deutschen geworden. Sie haben in den Anträgen des Herrenhauses eine Genugtuung. Noch mehr jedoch der Staat.